

Aus der KSD soll neu die Informatik Schaffhausen werden

Das heutige Informatikunternehmen von Kanton und Stadt stellt sich neu auf. Damit ist auch eine Namensänderung verbunden.

Regula Lienin

SCHAFFHAUSEN. Der Kanton Schaffhausen ist am Entflechten. Im Februar überwies der Regierungsrat eine Vorlage ans Parlament, in der es um eine Neudefinition von Aufgaben und deren Finanzierung durch den Kanton und die Gemeinden geht. Nun liegt erneut eine Entflechtungsvorlage auf dem Tisch. Dieses Mal betrifft es den Kanton und die Stadt. Deren gemeinsames Informatikunternehmen KSD soll in eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons überführt werden. Dazu unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage inklusive neuem Gesetz. Die Entflechtung soll für klare Verhältnisse und vereinfachte Prozesse sorgen – «unabhängig von der bis anhin guten Zusammenarbeit zwischen den Eignern», wie der Regierungsrat schreibt.

Die Weiterführung des heutigen WoV-Betriebs, eines Betriebs nach den Grundsätzen der «wirkungsorientierten Verwaltungsführung», sei gemäss Finanzhaushaltsgesetz nicht mehr zulässig. Der Kantonsrat habe die Übergangsfrist bereits einmal bis Ende 2022 verlängert. Mit der neuen Rechtsgrundlage und dem Übergang in das alleinige Eigentum des Kantons geht eine Namensänderung einher. Statt KSD – eigentlich Kantonale-städtische Datenverarbeitung – soll die neue kantonale Anstalt den Namen Informatik Schaffhausen (ITSH) tragen.

2,6 Millionen Franken für die Stadt

Eine unselbständige Anstalt des Kantons stellt nach Ansicht der bisherigen Eigner die «zweckmässigste Organisationsform» dar. Die KSD könne so ihre bewährte Struktur beibehalten, sei handlungs- und wettbewerbsfähig, aber trotzdem noch als Servicedienstleisterin Teil der kantonalen Verwaltung, heisst es weiter. Die bestehenden Verträge können ohne Unterbruch übernommen werden. Ebenso untersteht das Personal weiterhin dem kantonalen Personalrecht. Im Vergleich zur jetzigen Lösung erhält die ITSH mehr unternehmerische Freiheit. Die selbständige Rechnungsführung ermögliche eine klare Kostentransparenz für alle Kundinnen und Kunden.

Die Stadt Schaffhausen gibt ihre Eigentümerstellung auf und wird künftig Bestellerin bei der kantonalen IT-Anstalt sein. Vorgesehen ist, dass sie als Hauptkundin im Kundengremium Einsitz nimmt. Dies



wurde mit der Stadt Schaffhausen in einer neuen Vereinbarung geregelt, die zusammen mit der gesetzlichen Grundlage in Kraft tritt – voraussichtlich per 1. Januar 2023, sofern der Kantonsrat seine Zustimmung erteilt. Der Kanton entschädigt die Stadt Schaffhausen für das in der KSD eingesetzte Kapital gemäss einer Bewertung durch ein unabhängiges Unternehmen. Der Betrag beläuft sich auf gut 2,6 Millionen Franken.

Das neue Gesetz definiert neben der Rechtsform, die strategische Ausrichtung, den Zweck, die Organisation und die Unternehmensstruktur sowie die Finan-

Die 1972 gegründete KSD gehört vermutlich bald der Geschichte an. Das Unternehmen soll künftig unter neuem Namen und neuer Rechtsform tätig sein.

BILD MELANIE DUCHENE

zierung des künftigen Unternehmens. Demnach soll die ITSH primär die erforderlichen Informatikdienstleistungen für den Kanton, die Gemeinden sowie weitere öffentlich-rechtliche Institutionen kostengünstig und sicher erbringen. Aktuell zählt die KSD neben den Verwaltungen unter anderem die Spitäler Schaffhausen, die VBSh, den Verein Integres oder die Beratungsstelle für Partnerschaft und Lebensberatung zu ihren Kunden. Zur Wirtschaftlichkeit des neuen Unternehmens heisst es in der Vorlage: «Die Informatik Schaffhausen soll die IT-Dienstleistungen zu einem marktgerechten Preis-

Vor 50 Jahren gegründet

Die KSD existiert seit dem 12. Dezember 1972. Eigentümer sind aktuell der Kanton mit einem Anteil von 55 Prozent und die Stadt Schaffhausen mit einem Anteil von 45 Prozent. Per 1. Januar 2023 soll das IT-Unternehmen allein dem Kanton gehören (siehe Artikel oben). Der Jahresumsatz belief sich 2019 auf 14 Millionen Franken. Das Unternehmen beschäftigt 59 Mitarbeitende und unterhält 2920 Arbeitsplätze in den Verwaltungen von Kanton, Stadt und Gemeinden. Geschäftsführerin ist seit November 2020 Barbara Berger.

Die KSD gehört laut eigenen Angaben den führenden Anbietern von IT-Dienstleistungen im Kanton Schaffhausen und verfügt über ein umfassendes Portfolio im Bereich eGovernment-Services. Dazu zählen die Evaluation, Einführung, der Betrieb und Unterhalt von Informatikanwendungen, -diensten sowie -infrastrukturen. Ausserdem ist die KSD zentrale Anlaufstelle zur Beschaffung, Vermietung und Betreuung der Arbeitsplatz-ausrüstungen für die Verwaltungen. (rli)

Leistungs-Verhältnis erbringen und ist nicht gewinnorientiert.»

Regierung nicht zwingend vertreten

Die strategische Führung obliegt einer fünfköpfigen Verwaltungskommission, die vom Regierungsrat gewählt wird. Idealerweise sei das für IT zuständige Regierungsratsmitglied darin vertreten, heisst es in der Vorlage. Das soll im Gesetz aber – anders als etwa im Fall des Spitalrats – nicht explizit vorgesehen werden. Primäre Voraussetzung für eine Mitgliedschaft soll die Fachkompetenz sein.

Da die ITSH als unselbständige Anstalt Teil des Kantons ist, gelten ihre Leistungen als kantonale Leistungen. Solche Leistungen unterliegen keiner Ausschreibungspflicht, solange sich die Kunden auf das sogenannte Instate-Privileg berufen könnten. Die Gemeinden unterliegen daher als Kunden keiner Submissionspflicht.

SP fordert mit Spitalinitiative 60-Millionen-Zustupf

Den Spitalern Schaffhausen soll mit einem namhaften Betrag unter die Arme gegriffen werden. Damit wollen linke Parteivertreter dem Unternehmen Luft verschaffen für den Neubau und das Personal.

Regula Lienin

Die Lancierung der sogenannten Spitalinitiative fand gestern Vormittag vor dem Haupteingang des Kantonsspitals statt. Knapp 20 Personen waren gekommen, darunter mehrere Mitglieder des Kantonsrats, aber auch Personalvertreter sowie ein ehemaliger Spitaldirektor. Eingeladen hatte Kantonsrat Patrick Portmann (SP, Schaffhausen). «Wir sind hier für ein starkes Spital», sagte er.

Die Initiative der SP fordert einen Kantonsbeitrag an die Kosten der baulichen Erneuerung des Kantonsspitals. Konkret soll der Kanton 60 Millionen Franken an das Kostendach für die bauliche Erneuerung leisten. Portmann betonte, es gehe dabei um mehr finanziellen Spielraum zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit und einer hohen Leistungsqualität. Die Initiative diene dazu, dem ökonomischen Druck etwas entgegenzusetzen.

Fremdmittel sind nötig

2015 hatte die Schaffhauser Stimmbevölkerung Ja gesagt zur Übertragung der Gebäude des Kantonsspitals in den Besitz der Spitäler Schaffhausen. Dies hat zur Folge, dass die Spitäler Schaffhausen den Neubau des Kantonsspitals aus eigenen Mitteln finanzieren müs-

sen. Die Grossinvestition ist auf 240 Millionen Franken veranschlagt. Aufgrund guter Jahresabschlüsse verfügten die Spitäler über ein respektables

«Es ist, wie wenn ein junges Paar ein Haus baut und neben Eigenmitteln von den Eltern mit einem Betrag unterstützt wird.»

Matthias Freivogel
SP-Kantonsrat

Eigenkapital, heisst es im Argumentarium der SP. Und weiter: «Trotzdem kann das Grossprojekt nur mit erheblichen zusätzlichen Fremdmitteln finanziert werden.» Ein solches Vorgehen sei

bei Spitalneubauten in der Schweiz die Regel.

Portmann sprach davon, dass eine zu hoch angesetzte Ebitda-Marge Konsequenzen für das Personal haben könne. Im Dezember hätte das gerade noch verhindert werden können. Für die Initianten steht fest, dass der ökonomische Druck weiterhin auf den Schultern des Personals lastet. «Er kann nur mit finanzieller Unterstützung des Kantons abgeschwächt werden.»

Weniger Abschreibungen

Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen) zog einen Vergleich bei. Es sei, wie wenn ein junges Paar ein Haus baut und neben Eigenmitteln von den Eltern finanzielle Unterstützung erhalte. «Der Mechanismus ist derselbe», so Freivogel. Der Kanton habe genü-

gend Geld, 60 Millionen Franken auf diese Weise einzusetzen.

Unterstützung erfuhr das Anliegen gestern auch von Hanspeter Meister, dem ehemaligen Spitaldirektor. Die schwierigen Jahre seien vorbei, man müsse nun vorwärts machen – im Sinne der Patienten und des Personals. Die 60 Millionen Franken könnten auch dazu beitragen, dass der Neubau dereinst weniger Abschreibungen mache. Unterstützende Worte äusserten zudem die beiden Grünen-Kantonsrätinnen Marianne Wildberger und Iren Eichenberger. Sie argumentierten mit dem Polizei- und Sicherheitszentrum, für das der Kanton über 90 Millionen vorsehe.

Die SP plant, die Initiative bis im Juni einzureichen. Für die Unterschriftensammlung will sie einen 24-Stunden-Rekord aufstellen.